

«Schweizerzeit» am Fernsehen

«David gegen Goliath»

Als Parlamentarier – der Verwaltung einfach ausgeliefert?

Ulrich Schlüer
im Gespräch mit

Sylvia Flückiger

Nationalrätin, Unternehmerin Schöftland
und

Hansjörg Knecht

Nationalrat, Unternehmer Leibstadt

Freitag, 23. Dezember 2016
21.00 – 22.00 UhrWiederholung:
Sonntag, 25. Dezember
15.00 – 16.00 Uhr

Gesendet von

Die Sendung ist aufgeschaltet
ab Dienstag, 27. Dezember 2016
auf: www.schweizerzeit.chDie nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

13. Januar 2017

Impressum**Herausgeber:** «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
EU-Länder: Volksbank Hochrhein eG,
79798 Jestetten, Konto 13250 00, BLZ 684 922 00**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach**Telefon:** 052 301 31 00**Telefax:** 052 301 31 03**redaktion@schweizerzeit.ch****www.schweizerzeit.ch****Leitung:** Ulrich Schlüer, Anian Liebrand**Mitarbeiter:** Karl Eckstein, Christian Eiholzer,
Thomas Fuchs, Patrick Freudiger, Arthur Häny,
Hans Kaufmann, Hermann Lei, Thorsten Polleit,
Henrique Schneider, Luzi Stamm.**Finanzen, Organisation:** Denise Betschart**Inserate:** H+H Concept, Hans-Peter Heer,
Sunnenbergstrasse 64, 8447 Dachsen,
052 659 54 50, info@h-hconcept.ch**Auflage gem. WEMF:** 14 266 (11. Okt. 2016)**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG, Olten**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

Meinungsfreiheit auf dünnem Eis

Rückkehr des «Wahrheitsministeriums»

In der ganzen EU zittert die Elite davor, dass die mit ihr kollaborierenden Mainstream-Medien ihre Deutungshoheit bei kommenden Wahlen gänzlich verlieren. Um unliebsame Meinungs-Konkurrenz zu unterbinden, wird zum offenen Krieg gegen das freie Internet geblasen.

Die Präsidentschafts-Wahlen in den USA, in denen sich Donald Trump dem Dauerbeschuss des Medien-Mainstreams zum Trotz durchsetzte, haben schliesslich gezeigt, dass in westlichen Breitengraden die veröffentlichte Meinung längst nicht mehr der öffentlichen Meinung entspricht. Doch die eigene Berichterstattung zu hinterfragen und eigene Fehler einzugestehen, liegt sowohl den Konzern-Medien als auch der politischen Kaste fremd. Dafür scheint die Hauptursache für das «Schlamassel» rasch gefunden zu sein: Trump habe seine Wahl sogenannten «Fake News» (falschen Nachrichten) zu verdanken, die über die sozialen Medien im Internet die Runde machten und dabei Reichweiten erzielten, welche die etablierten Medien teilweise deutlich in den Schatten stellten.

Absurde «Verschwörungstheorie»

So eine böse Überraschung will die deutsche Politiker-Kaste bei der Bundestagswahl 2017 nicht erleben. Schliesslich gibt es auch im deutschen Sprachraum eine wachsende Zahl alternativer Medien und Privatpersonen, welche pointiert Standpunkte verbreiten, die der politischen Korrektheit zuwider laufen. Was eigentlich ein unschätzbare Gewinn für die Meinungsäusserungs- und Medienfreiheit wäre – dank des Internets kann jeder Bürger selbst zum Journalisten werden und für seine Botschaften ein Publikum finden –, wird von der sich sonst so offen und tolerant gebenden Polit- und Journalisten-Schickeria als existenzielle Bedrohung wahrgenommen, die allen Ernstes schnellstmöglich zu eliminieren sei.

Als Vorwand für solch hilflos-abenteuerliches «Herumgezucke» wird behauptet, die sozialen Medien (hauptsächlich Facebook, das alleine in der Schweiz über 3,5 Millionen aktive Nutzer verfügt) würden dazu missbraucht, gezielt «Fake News» und überspitzt-polemische Meldungen zu verbreiten, welche die Bevölkerung manipulieren und zu «Hass-Botschaften» aufstacheln würden. Was für eine absurde «Verschwörungstheorie»! Als wäre der Medienkonsument nicht mündig genug, zwischen brisanter Enthüllung und inhaltlichem Müll zu unterscheiden, wie er – genauso wie in

den Mainstream-Medien – durchaus auch auf Facebook verbreitet wird. Das Volk muss nicht dazu erzogen werden, welche Medien erwünscht sind und welche nicht.

Die Wahrheit ist vielmehr: Auf Facebook finden Ansichten millionenfach Verbreitung, die in den Mainstream-Medien systematisch totgeschwiegen werden – zum Beispiel Berichte über Ausländergewalt, EU-Kritik oder korrupte Politiker. Und das passt «den Mächtigen» nicht ins Konzept.

Unwürdige Zensur

Vertreter der Grossen Koalition zu Berlin sehen ihre Felle davon schwimmen – und wollen darum ernst machen: Wer über die sozialen Medien «Fake News» verbreitet, soll in den Knast. Es drohen «bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe», so SPD-Justizminister Heiko Maas. Aber auch Facebook gehöre als «Kollaborateur» zur Rechenschaft gezogen. Eine staatliche Zensurstelle, aber auch Denunzianten sollen als «Fake News» oder «Hass-Botschaften» verifizierte Nachrichten jederzeit an Facebook melden können, worauf diese unverzüglich zu löschen und die Identitäten der Autoren auszuliefern sind. «Wenn Facebook nach entsprechender Prüfung die betroffene Meldung nicht unverzüglich binnen 24 Stunden löscht, muss Facebook mit empfindlichen Bussgeldern bis zu 500 000 Euro rechnen», skizziert SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann das geplante Zensur-Gesetz gegenüber «N-TV».

Geschichte scheint sich zu wiederholen. In George Orwells Jahrhundert-Roman «1984» steht ein allwissendes «Wahrheitsministerium» im Zentrum jeglicher Bürgerfreiheit umklammernden Macht. Seine Schergen sind es, die im Auftrag eines omnipräsenten Überwachungsstaats schonungslos darüber richten, welche Meinung als «wahr» gilt oder als «Gedankenverbrechen» ausradiert werden muss.

Wer hätte gedacht, dass dieser Albtraum überwunden geglaubter Tage in Form unwürdiger Zensur-Gesetze ausgerechnet auf deutschem Boden sein Comeback findet.